



Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz SPD**

Die Entwicklung der Europaregion Donau-Moldau langfristig unterstützen – Kommunen durch eigene Trägerschaft des Freistaates bei der Vernetzung stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, wie in Österreich und Tschechien, das Anliegen der Europaregion Donau-Moldau umzusetzen und selbst die Trägerschaft zu übernehmen, die aktuell nur in Bayern die Kommunen zu tragen haben.

Dafür sind die Benennung eines staatlichen Repräsentanten sowie die Ansiedlung des Projekts in der Staatskanzlei zwingend erforderlich.

Begründung:

Die Europaregion Donau-Moldau stellt seit ihrer Gründung am 30. Juni 2012 ein einzigartiges Projekt der Vernetzung und des Austauschs der Grenzregionen aus Österreich, Deutschland und der Tschechischen Republik dar. Zur weiteren Forcierung der bereits begonnenen Zusammenarbeit in den Bereichen Hochschulkooperation, Forschung und Innovation, Erneuerbare Energien und Energieeffizienz, Cluster und Unternehmenskooperation, Arbeitsmarkt, sowie Tourismus und Verkehr, benötigen die Kommunen aber die Unterstützung der Staatsregierung.

In keinem anderen Land der Kooperation liegt die Trägerschaft, wie in Bayern mit dem Trägerverein Europaregion Donau-Moldau e.V. in der Hand der Kommunen. Die Staatsregierung muss, wie auch die Regierungen Tschechiens und Österreichs, die Trägerschaft selbst übernehmen und so einen größeren Handlungsspielraum schaffen, um die Ziele der Europaregion tatkräftig verwirklichen zu können.

Durch die Nennung eines staatlichen Repräsentanten kann die Relevanz des Projekts und die exponierte Stellung für die Staatsregierung zum Ausdruck gebracht werden und so ein wichtiges Signal an die Partner übermittelt werden. Projekte zum internationalen Austausch, wie auch die Donaunraum-Strategie der Europäischen Union, bieten die Chance auf vielschichtigen Austausch in den verschiedensten Bereichen von Politik, Wirtschaft und Kultur. Hieraus kann Bayern auch angesichts großer Herausforderungen der grenzüberschreitenden Flüchtlingsproblematik auf vielfältige Weise profitieren. Die Relevanz solcher Projekte muss daher von der Staatsregierung selbst besetzt werden.

Außerdem muss auch die Donaunraum-Strategie der Europäischen Union vielmehr in den Fokus der Staatsregierung rücken, um Kooperationen und positive Wechselwirkungen im politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Bereich mit zahlreichen Ländern Süd- und Ost-Europas zu stärken. Gerade Kommunen, wie Regensburg oder Passau, sollten hier deutlich umfassender unterstützt werden.

Im Nachbarland Baden-Württemberg hat dagegen die Regierung schon weitaus mehr Schritte unternommen und die europäische Initiative tatkräftig verfolgt.